

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

22.3.1921 (No. 68)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Verkaufsstelle:
Karlsruhe
Nr. 3516.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P., — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die fünf gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingung unentgeltliche Portofreiung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem unserer Lieferanten hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Regelung des Fremdenverkehrs.

Wie alljährlich fand auch dieses Jahr eine Aussprache unter den süddeutschen Ländern über die künftige Regelung des Fremdenverkehrs statt. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die den Fremdenverkehr beschränkenden Vorschriften zwar noch nicht förmlich aufgehoben werden können, daß jedoch angestrebte der Besserung der Ernährungslage der Volksgenossen die Aufnahme von Fremden und deren Aufenthaltsdauer beschränkenden Bestimmungen versuchsweise bis auf weiteres auszuheben sei. Bezirksämter und städtische Kommunalverbände werden entsprechende Anweisung erhalten. Das Ministerium des Innern behält sich vor, falls sich etwa aus dieser Regelung Mängel ergeben sollten, für einzelne Bezirke oder Teile derselben von Fall zu Fall einschränkende Anordnungen zu treffen.

Verwendung der Steuerkarten.

Nach § 4 Absatz 5 der auf dem Umschlag der Steuerkarte abgedruckten vorläufigen Bestimmungen über den Steuerabzug ist am Anfang eines jeden Kalendervierteljahres in der Steuerkarte beim Einkommen der Marken mit einem neuen Blatt zu beginnen. Nach den bisherigen Bestimmungen ist diese Vorschrift vielfach unbeachtet geblieben. Da mit dem kommenden 1. April ein neues Rechnungsjahr beginnt, so müssen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer genau darauf achten, daß die Marken für die Lohnzahlungen, die von diesem Zeitpunkt an geleistet werden, auf ein neues, noch keine Steuermarken enthaltendes Blatt geleistet werden, damit bei der Berechnung der Steuerabzüge keine unliebsamen Befreiungen entstehen.

Dr. Simons über die Lage.

Ein Vertreter des „Berliner Tageblatts“ hatte mit dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons eine Unterredung, in der dieser folgendes ausführte:
Deutschland hat keineswegs die Absicht, die Verpflichtungen, die es übernommen hat, zu umgehen. Ich akzeptiere die von dem britischen Premierminister unter dem Beifall des Unterhauses geäußerte Formel, daß wir zahlen bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Dadurch allein können wir auf eine richtige Lösung des Problems. Sie kann nämlich nicht gefunden werden aus juristischen oder politischen Erwägungen heraus, sondern nur auf Grund wirtschaftlicher Zusammenhänge. Aus der Rede des französischen Ministerpräsidenten scheint mir hervorzugehen, daß man sich in Frankreich wenig um die wirtschaftlichen Möglichkeiten kümmert. Briand hat ausdrücklich betont, es kann keine Rede davon sein, daß wir nur von den Überschüssen unseres Exports zahlen können. Unsere reichen Industriemagnaten, die ja Bergwerke, und Eisenbahnen, Fabriken und große Ländereien hätten, sollten all ihr Vermögen realisieren und dieses an die Gläubiger Deutschlands abführen. Wir scheitern diese Methode wirtschaftlich unvernünftig und undurchführbar. Der Vortag vom Versailler sieht nur eine Generalhypothek auf das deutsche öffentliche Eigentum vor und selbst wenn man den Privaten bei uns alles wegnehmen würde, was sie haben, bis auf ihre Möbel und Kleider, so würde man schließlich doch nur für den Erlös Papiermark erhalten, wie dies der britische Premierminister gegenüber den Angriffen des Obersten Weidmann im britischen Parlament ausgeführt hat. Es ist ein Irrtum, wenn die alliierten Staatsmänner einen Eindruck auf die deutsche Öffentlichkeit und die Welt dadurch zu machen versuchen, daß sie den deutschen Arbeiter in Gegensatz zu dem deutschen Kapitalisten stellen. Der Unternehmer läßt sich von dem Arbeiter gar nicht trennen. Alles, was man dem Unternehmer antut, wirkt auf den Arbeiter zurück, der entweder durch Generationen in Lohnsklaverei für einen ausländischen Unternehmer arbeiten müßte oder bei einer Beschlagnahme der Exportdevisen in seiner Lebenshaltung auf eine sehr niedrige Stufe zurückgeworfen werden würde. Wozu wir uns die beschlagnahmten Exportdevisen in Deutschland zu erhalten, so droht uns Herr Lloyd George mit Arbeitslosigkeit im Innern. Er macht uns klar, daß wie unseren Handel mit den Alliierten verlieren würden. Der Handel ist aber etwas Gegenständliches. Für die Devisen, die wir aus unserem Exportertrag erzielen, kaufen wir wiederum bei den Alliierten. Schließlich würden manche Alliierte darunter ebenso zu leiden haben als wir. Im Notfall müßten wir versuchen, durch große Unternehmungen im Innern, vielleicht auf dem Gebiete der Bauwirtschaft den eigenen Markt für Waren und Arbeit aufnahmefähiger zu machen und es im übrigen dem Handel überlassen, sich seine eigenen Wege zu suchen.
Die zweite Möglichkeit, die Herr Chamberlain und Herr Lloyd George der deutschen Regierung empfehlen, nämlich das Verbindungsarbeiten mit den Alliierten durch Erlass der beschlagnahmten Devisen würde unsere Papiergeldinflation noch ungesünder vermehren und die Sanktionen sanktio-

nieren. Wirtschaftliche und politische Gründe hindern uns, dies zu tun. Wenn man die Gewaltspolitik, die man durch die sogenannten Sanktionen gegen uns begonnen hat, weiter fortsetzt, so kommt man auf einen Weg, der die Verständigung immer schwieriger macht. Nicht umsonst hat der Abgeordnete Kurios in der französischen Kammer gesagt, Düssel-dorf ist ein Anfang, wo ist aber das Ende?

Wenn wir herauskommen wollen aus der gegenwärtigen Lage, so müssen wir an den Grundgedanken der Rede von Lloyd George vom 10. März anknüpfen, der ausdrücklich betont hat, daß es im Interesse nicht nur von Deutschland, sondern der ganzen Welt liege, daß die deutsche Wirtschaft nicht zerstört wird, denn ein ausgepörrtes, hungriges und haßerfülltes Zentraleuropa ist nach Lloyd Georges eigenen Worten eine Gefahr für Europa und die ganze Welt. Man darf daher von uns nur solche Vorschläge erwarten, die nicht davon ausgehen, daß wir unsere eigene Wirtschaft zu Grunde richten. Die Zeit für deutsche Vorschläge ist aber noch nicht gekommen. Im Reichstag habe ich gesagt, daß in dem Augenblick, wo man gegen uns Gewaltmaßnahmen verhängt hat, niemand von uns verlangen kann, daß wir unsere Hand zu neuen Verhandlungen hinstrecken. Aber wir müssen uns schon jetzt überlegen, was wir den Alliierten im Falle von Verhandlungen vorschlagen könnten. Bereit sein ist alles. Lloyd George hat selbst gesagt, daß wir nur in Waren oder in Arbeitsleistungen zahlen können. Daneben müßten wir allerdings auch Geldleistungen machen, denn einige der Alliierten können nur Geldzahlungen brauchen.

Arbeitsleistungen würden hauptsächlich für die zerstörten Gebiete in Frage kommen. Wir müssen den Versuch machen, so schwierig das auch für uns ist, einen Plan auszuarbeiten, der die praktische Wiederherstellung der Schäden in den verwüsteten Gebieten zum Ziele hat. Wenn Herr Briand betont hat, daß die Bevölkerung in den verwüsteten Gebieten die Tätigkeit der deutschen Unternehmer und Arbeiter nicht dulden würde, so müssen wir eben andere Wege finden. Wir könnten versuchen, gewisse Typenkonstruktionen für den Wiederaufbau herzustellen, so wie wir sie selbst für unser eigenes Land nötig haben und diese Typenkonstruktionen so zu vereinfachen, daß sie nur der Tätigkeit weniger Arbeiter an Ort und Stelle zum Aufbau bedürfen. Auf diese Weise würden wir eine große und schnelle Arbeitsleistung für die zerstörten Gebiete in Gang bringen und gleichzeitig einer um so größeren Anzahl deutscher Arbeiter die Möglichkeit schaffen, in der Heimat für den Wiederaufbau erwerbstätig zu sein. Wenn ich Herrn Briand recht verstehe, so scheint es mir nicht ausgeschlossen, daß die französische Regierung mit uns zu Verhandlungen über diese Frage sich bereit erklären wird. Andere Warenleistungen könnten doch nur in einem solchen Umfang in Frage kommen, daß weder die fremden Märkte gerettet noch durch die Bezahlung der Produzenten in Papiergeld die deutschen Finanzen dem Bankrott überantwortet würden. Auch dieses Problem, das durch die brutale Beschlagnahme des Kaufpreises ausgeführter deutscher Waren jedenfalls nicht gelöst wird, bedarf eingehender Durchsicht, wenn wir zu Vorschlägen gelangen wollen.

Die zweite Frage, die sofortigen Geldleistungen an die Alliierten, wird gestellt durch den dringenden Finanzbedarf Frankreichs und durch die Lage Englands, das deutsche Waren nicht braucht. Auch sie ist meines Erachtens nicht auf dem Wege der Beschlagnahme unserer Exportdevisen zu lösen. Man würde schließlich damit unseren Export und unsere Wirtschaft ruinieren. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliches Elend in Deutschland wären die Folgen. Wir hätten in London den Gedanken einer großen internationalen Anleihe in den Vordergrund der Diskussion geschoben. Dieser Gedanke hat bis jetzt eine ernsthafte Diskussion nicht gefunden. Inzwischen ist allerdings die Note der Reparationskommission eingetroffen, die jetzt zum ersten Male auch von Seiten der Alliierten den Gedanken der Anleihe in die Debatte wirft. Wir wissen nicht, in welchem Sinne diese Frage aufgeworfen werden soll, und es ist uns unbekannt, ob wir in diesem Punkte weitere Erklärungen erhalten werden. Vielleicht wird auch hier ruhige Überlegung zeigen, wie notwendig eine weitere Erörterung dieses Problems ist. Wir müssen das der Zukunft und der Einsicht der wirtschaftlich interessierten Kreise der Alliierten überlassen.

Herr Briand hat gesagt, die militärischen Zwangsmassnahmen seien das, was Frankreich verlangt habe; sie seien ergebnislos und lösten wenig. Ich glaube nicht, daß sie ergebnislos sind. Bis jetzt haben sie nur die einzige Wirkung, daß wir noch viel weiter auseinandergeraten sind, als wir es in London waren. Ich zweifle sehr, daß die Alliierten irgend etwas wirklich Wertvolles aus den Sanktionen erhalten. Sie werden sich nur den Haß und die Mißgunst der Bevölkerung der besetzten Gebiete zuziehen. Wenn Herr Briand sagt, daß die „Sanktionen“ nichts lösten, so möchte ich sagen, daß sie sekundär vielleicht wenig lösten, aber moralisch um so mehr. Sie kosten die Alliierten die letzte rechtliche Grundlage für ihre Haltung gegen Deutschland, eine Haltung, die jetzt nachträglich durch allerlei künstliche Mittel gestützt werden soll, und sie bringen ihnen dafür die steigende Verzweiflung des deutschen Volkes, dem es immer schwerer gemacht wird, den guten Willen zur Ausführung seiner Verpflichtungen aus dem Verstrage von Versailles zu beweisen.

Gewalt ist kein gutes Mittel der Staatskunst. Sie zerstört vorhandene Werte und schafft keine neuen. Wir haben das im Kriege gesehen, wo die Reichtümer der ganzen Welt in Sprengstoff und Kanonen umgewandelt worden sind. Jetzt gilt es, Werte zu schaffen, und dazu braucht man die freiwillige Mitarbeit auch der früheren Feinde. Diese kann auf dem bisher eingeschlagenen Wege nicht erzielt werden.

Der Abstimmungssieg in Oberschlesien.

Nach den gestern um 7 Uhr morgens vorliegenden Meldungen sind in Oberschlesien insgesamt 713 700 deutsche und 460 700 polnische Stimmen abgegeben worden. Das bedeutet eine deutsche Mehrheit von 61 Prozent. Einige ausstehende Ergebnisse können an diesem für Deutschland günstigen Gesamtergebnis nichts mehr ändern. (Eine spätere Meldung der T.-L. spricht von 749 000 deutsche und 553 000 polnischen Stimmen, fügt aber ausdrücklich hinzu, daß diese Zahlen infolge der Erschwerung des Nachrichtenendienstes nicht als endgültig zu betrachten sind.)

Über das Ergebnis in den Kreisen Pleß und Rybnitz, die eine polnische Mehrheit aufwiesen, wird gemeldet: Im Kreise Pleß sind rund 14 000 deutsche und 41 000 polnische Stimmen, im Kreise Rybnitz 23 000 deutsche und 50 000 polnische Stimmen abgegeben worden.

Aus dem Abstimmungsgebiet verlautet nichtamtlich, daß die Abstimmung im Kreise Pleß von den Italienern für ungültig erklärt werde, weil die Abstimmung durch den polnischen Terror zu stark beeinträchtigt werde.

Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen bedeutenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einstehen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesehene Bevölkerung hat ungeachtet aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Gedanken zu entfremden, in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zum Vaterland gehalten. Die stimmberchtigsten Oberschlesier aus dem Reich und dem Ausland haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühen nicht gescheut. Sie sind allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz vollzählig nach Oberschlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzspende die Mittel beigegeben, um auch dem Arme die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdete Arbeit und mustergültiges Zusammenwirken das große Werk vollendet. Ihnen allen ohne Ausnahme ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß.

Berlin, den 21. März 1921.
Der Reichspräsident:
Ebert.
Der Reichskanzler:
Fehrenbach.

Nach Bekanntwerden des ober-schlesischen Abstimmungsergebnisses hat der Reichspräsident an den deutschen Bevollmächtigten, Fürsten Hofefeld, folgendes Telegramm gerichtet: Ein Durchlaucht spreche ich im Namen des ganzen deutschen Volkes unserer aller freudigen Vergnügung über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien aus. Ist auch nach den bisherigen Berichten der Erfolg in den einzelnen Kreisen durch rechtswidrige, gewalttätige Beeinflussungen beeinträchtigt worden, so bleibt doch die unumstößliche Tatsache bestehen, daß sich das ober-schlesische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland entschieden hat. Ein hervorragendes Verdienst an diesem Ergebnis ist Ihrer und Ihrer Mitarbeiter Opferfreudigkeit zuzuschreiben. Ich bitte Sie und Ihre Mitarbeiter der steten Dankbarkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes versichert zu sein. Ebert, Reichspräsident.

Ein vieltausendstimmiger Jubelschrei rauschte durch die Gänge des Schlesiens Bahnhofes in Berlin, als abends um 10 1/2 Uhr unter den Klängen eines Marsches der erste Sonderzug mit heimkehrenden Oberschleslern eintraf. Nach einem Kompetenzsignal richtete Reichskanzler Fehrenbach, der in Begleitung mehrerer Herren vom Auswärtigen Amt zum Empfang erschienen war, etwa folgende Worte an unsere ober-schlesischen Landsleute:

Beliebte Brüder und Schwestern aus Oberschlesien! Nach einem sorgenvollen Tag war heute die Freude in den Herzen eingezogen. Oberschlesien hat gestern einen glänzenden Beweis höchster Vaterlandsliebe gezeigt. Das ganze Deutschland hat auf Oberschlesien geschaut und es ist in seiner Hoffnung nicht zu schanden geworden. Sie haben eine schwere Reise unternommen. Aber Sie sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie haben dort Ihre Verwandten wiedergesehen, am Grabe Ihrer teuren Entschlafenen gebetet und aus heiligen Quellen der Heimat getrunken. Nur der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat so liebt wie Ihr. Ihr habt schwere Sorgen auf Euch genommen. Sterbende Mütter und sterbende Greise haben die Reise mit bewundernswürdigem Geldemut unternommen. Nun gilt es, neue Pfeiler aufzurichten und Oberschlesien aufs neue untrennbar und untörlbar für alle Zeiten mit Deutschland zu verbinden. Den deutschen Oberschleslern ein Glück auf!

Wiederholte Hochrufe auf Oberschlesien und das deutsche Vaterland bekräftigten die Rede des Reichskanzlers. Dann spielte die Musik das Vaterlandslied: Deutschland, Deutschland über alles!, das alle Anwesenden tief ergriff und entblöhsten Hauptes mitsangen. Dem Reichskanzler wurden beim Verlassen des Bahnhofes begeisterte Huldigungen dargebracht.

Zimmer mehr Meldungen über den furchtbaren polnischen Terror gegen die Abstimmung treffen aus Oberschlesien ein. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ mitteilt, ist die deutsche Wahlenthaltung im südlichen Teile des Kreises Rybnitz auf den polnischen Terror zurückzuführen. Auf zwei Stuben des

Mit einer Beilage: 31. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Kreis des Abnill wurden 100 Arbeiter durch polnischen Terror vertrieben. Die Deutschen des Kreises unterliegen unerhörtem polnischen Terror ohne militärischen Schutz. Am 18. März wurde in Gadow das Automobil des Kreisratskommissars durch ein Maschinengewehr beschossen. Ein Autoinsasse wurde getötet, der Führer verletzt. In einigen Orten wurden die angekommenen Abstimmen verprügelt. Schwerster Terror wurde auch aus den nördlichsten Teilen des Kreises Pleh in der Umgebung von Nikolai gemeldet, wo Abstimme und deren Geisgeber bedroht, beschimpft und teilweise verlegt wurden. In der Nacht zum 19. März wurde das Dorf Anhalt von einer Bande umzingelt und 2 Stunden lang beschossen. Das Pfarrhaus wurde durch drei Handgranaten schwer beschädigt. Die deutschen Mitglieder des Wahlbüros Razonka, Kreis Tarnowitz, legten ihre Ämter nieder, weil ihnen die Ermordung angedroht wurde. Ähnliche Fälle von Terror wurden aus den Kreisen Oberkretsch, Kattowitz und Hindenburg gemeldet.

In dem Landkreis Beuthen flackern besorgniserregende Nachrichten auf. In Deutsch-Bielor wurden die Gebrüder Duder, der eine Mitglied der paritätischen Ausschüsse, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Niedowitz wurde die Straßenbahn angehalten, sämtliche Leute herausgezerrt und vor den Augen der Franzosen verprügelt und schwer mißhandelt. Die Ortsstelle Orzegow des deutschen Kreisratskommissars wurde vertrieben. 30 Personen wurden teils schwer, teils leichter verletzt. In Karl entwaffneten polnische Apo-Beamt die deutschen Apo-Beamt. Die polnischen Apo-Beamt schlugen auf die Leute ein.

Aus Schoppinitz wird gemeldet, daß dort der polnische Terror außerordentlich groß ist. Schon am frühen Morgen wurden Emigranten und deutsche Abstimmler mißhandelt und blutig geschlagen. Einem Kaufmann wurde eine Handgranate ins Fenster geworfen. Die Polen haben Plakate angehängt, in denen sie ihren Sieg feiern und Schoppinitz sowie die umliegenden Ortschaften für polnisch erklären. Gestern vormittag veranfaßten die Polen mehrere Anläufe mit polnischen Fahnen. Die Stimmung ist außerordentlich erregt, ebenso in Kattowitz und in den anderen Industriezentren. Auf den Straßen halten sich große Menschenmengen auf.

Die noch ausstehenden Reichs- und Landtagswahlen in Oberschlesien werden voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai stattfinden.

Politische Neuigkeiten.

Die Auswirkung der Erpressungsmaßnahmen.

Am Samstag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Chefs der wirtschaftlichen Ressorts der Länder statt, zu der auch die Vertreter der beteiligten Ministerien hinzugezogen waren. Außer der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen wurde insbesondere die Auswirkung der Gewaltmaßnahmen der Entente auf Deutschland besprochen.

Reichswirtschaftsminister Scholz gab einen Überblick über unsere Wirtschaftslage und wies auf die starke Passivität unserer Handelsbilanz hin. In der Frage der Sanktionen sei unser Standpunkt unverrückbar. Gegenüber der sich etwa steigernden Arbeitslosigkeit, als Folge der Sanktionen, sei eine starke Belebung des Binnenmarktes erforderlich. Der Wiederaufbau der Handelsflotte, der Ausbau der Wasserstraßen und die Verstärkung der Betriebsmittel der Eisenbahnen würden gesteigerte Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Die Einfuhr von Luxuswaren müsse ferngehalten, die Ausfuhr möglichst erleichtert werden. Dazu sei eine Ausfuhrkontrolle sowie eine Preiskontrolle erforderlich. Der Minister stellte folgende Einzelfragen zur Erörterung: 50prozentige Ausfuhrabgabe, die Rheinlandsfrage und die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen. Bezüglich der 50prozentigen Ausfuhrabgabe erklärten die Vertreter von Preußen, Bayern, Thüringen und Hamburg, daß von einer Rückkehrung durch das Reich keine Rede sein könne. Ob den beteiligten Firmen Stützung zu gewähren sei, bedürfe nach der weiteren Klärung. Dieser Standpunkt fand einstimmige Billigung. Bezüglich der für das besetzte Rheinland geschaffenen Lage ging die Ansicht dahin, daß eine genaue Beobachtung der weiteren Entwicklung erforderlich ist. Um die erforderlichen Maßnahmen schneller treffen zu können und andererseits eine Stelle zu schaffen, bei der alle hiermit zusammenhängenden Fragen einheitlich bearbeitet würden, hat das Reichskabinett bekanntlich beschlossen, den Posten eines besonderen Staatssekretärs für das besetzte Gebiet einzurichten.

Aus den Gefilden der neuen Kunst.

München, Mitte März.

Ich will hier nicht von einem „Neutöner“, einem „Aber-Schrauf“ oder „Aber-Schredler“ sprechen, auch nicht die Offenbarungen oder Wahngelichte neuer expressionistischer Künstler zu deuten versuchen; ich will erzählen von einem Gelände bei München, das den Werken der neuen Kunst gewidmet ist, die ich meine: — der Kunst des Lichtspiels.

Kunst? — Der altmünchener Kostendichter Karl läßt seinen Schirmmacher Staberl, der das gemütliche Kleinbürgerturn mit wirksamer Komik vertritt, von sich sagen, er sei ein Künstler. Als einer begreift, daß das Karapluemachen eine Kunst sei, versteht Staberl Machend' halt eins.

Ich will damit sagen, daß ich den grundsätzlichen Gegnern des Filmes, so lange bis sie die geistigen, künstlerischen und technischen Grundlagen der Filmherstellung kennen gelernt haben, gerne einmal zugeben will, der Film sei nichts weiter, als ein kompliziertes und raffiniertes Karapluemachen gegen die Rangeweile, gegen geistige und materielle Beschäftigungslosigkeit vieler Menschen. Recht vieler Menschen. Denn die Filmindustrie steht in Deutschland nach der Zahl ihrer Angestellten bereits an dritter Stelle, in der Weltindustrie an achter Stelle, und die Menschen, die heute nicht zu den ständigen, oder doch gelegentlichen Kinobesuchern zählen, — sind zu zählen.

Unter diesem Gesichtswinkel gewinnt, zumal in unserem Deutschen Reich, wo die Not und Arbeitslosigkeit aus allen Ecken und Enden herausdringt, ein Unternehmen die größte Bedeutung, das es verstanden hat, sich für seine Arbeiter eine Werkstätte und ein Werkgelände zu schaffen, das auch der grundsätzliche Filmgegner mit Bewunderung betrachten wird. Kürzlich waren die Honoratioren von München, die Bürgermeister, Vertreter der Ministerien, der Industrie, der Kunstlerkammer und des Schrifttums dort zu einer Besichtigung eingeladen. Es gab keinen darunter, der sich von der christlichen Bewunderung dieser Leistungen ausgeschlossen hätte. Darum darf und muß ich davon erzählen ohne in den Verdacht zu kommen, ein Kinopropagandist zu sein.

Jeder, der nach München kommt, bemüht gerne einige freie Stunden, um in die reizvollste Gegend bei der schönen Isar-

ten. Die Reichsregierung beabsichtigt ferner, sofort eine Verordnung zu erlassen, durch die der Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhrbewilligung ermächtigt wird, für den Warenverkehr von und nach den Gebieten, in denen er die Anwendung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen durch die Besatzungsbehörden für beeinträchtigt hält, Vorschriften zu erlassen.

Die Aussprache ergab in allen wesentlichen Punkten völlige Übereinstimmung der Wirtschaftsexperten des Reiches und der Länder.

Vormarsch der Ententetruppen im Ruhrgebiet.

Auf die Meldungen deutscher Zeitungen, daß die französischen und belgischen Truppen durch Essen gezogen seien, woraus man darauf schließen dürfte, daß sie etwa 100 Kilometer weiter vorgerückt wären, teilt Gowan mit, daß die Truppenbewegungen ganz einfach Verschiebungen von Vorposten wären, die nach der Besichtigung durch General Wegandt errichtet worden seien.

Eine Bemerkung des RRB. besagt dazu: Aus dieser gedundenen Erklärung geht nur das eine mit Sicherheit hervor, daß die alliierten Truppen tatsächlich in dem Bestreben, wichtige Eisenbahnknotenpunkte in ihre Hand zu bekommen, über die in den Londoner Sanktionen genannten Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort die Besetzung ausgedehnt haben. Die Londoner Sanktionen hielten sich nicht an den Friedensvertrag; jetzt hält sich die Entente nicht einmal mehr an ihre eigenen Sanktionen.

Die Annahme der Reparationsbill.

Bei der dritten Lesung der Reparationsbill beantragte Glines die Verwerfung der Bill aus den Gründen, weil sie eine nicht übliche Politik der Alliierten darstelle, weil sie dem britischen Handel schaden und die Arbeitslosigkeit vermehren würde, und weil keine genügenden Anstrengungen gemacht seien, um eine Befreiung durch Übereinkommen zu sichern. In seiner Antwort rechtfertigte der Generalstaatsanwalt die Zwangsmassnahmen und erklärte, es sei unrichtig anzunehmen, daß die Verhandlungen mit Deutschland zu Ende seien. Wenn Deutschland in irgendeinem Augenblick bereit sei, ein vernünftiges Angebot zu machen, so seien die Alliierten bereit, die Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen.

Minister Chamberlain erklärte, es hänge von Deutschland ab, ob die Bill als Strafmaßnahme oder als ein Mittel zum Einammeln der Reparationen werden soll. Darauf wurde die Bill in dritter Lesung mit 132 gegen 16 Stimmen angenommen.

Die italienische Kammer gegen die Sanktionen.

Das Exposé, womit der italienische Außenminister Graf Spazza die Interpellation über die ausnützige Politik beantwortete, enttäuschte, h. L. U., da nur die bekanteten offiziellen Wiederholungen vorgelesen wurden. Die wirtschaftlichen Sanktionen erfordern allgemeinen Widerspruch. Das Scheitern der Londoner Konferenz führte Graf Spazza darauf zurück, daß das deutsche Angebot „höflich und unannehmbar“ gewesen sei. Nachdem bürgerliche Redner ihre Unzufriedenheit über den italienischen Anteil ausgedrückt hatten, unternahm die Sozialisten Cicotti und Treves einen prinzipiellen Angriff gegen die Sanktionen. Cicotti warf der Regierung vor, sie habe sich um ein Liniengericht den Franzosen verschrieben und Treves erklärte, die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse müsse das gemeinsame Ziel der Sieger und Besiegten sein. Mit der Drohung, die Sozialisten würden die ausnützige Politik zur Plattform des Wahlkampfes machen bei der bevorstehenden Kammerauslösung, schloß Treves seine Rede.

Der Mailänder Berichterstatter der „Times“ meldet, er erfahre von zuverlässiger Stelle, daß Giolitti entüßigt beschloßen habe, das italienische Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich in der letzten Woche des Mai stattfinden.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielten bei den Mecklenburg-Schwerinschen Landtagswahlen die Deutschnationale Bpt. 75 442 Stimmen (15 Sitze), die Deutsche Bpt. 57 813 Stimmen (12 Sitze), der Dorfbund 19 452 Stimmen (4 Sitze), die Wirtschaftspartei 9787 Stimmen (2 Sitze), Deutschdemo-

kratische Partei 14 127 Stimmen (3 Sitze), Sozialdemokraten 137 971 Stimmen (28 Sitze), Unabhängigen 9335 Stimmen (keinen Sitz), Kommunisten 15 328 Stimmen (3 Sitze).

Die Gruppierung der Parteien weicht nicht sehr wesentlich von derjenigen des vorigen Landtags ab. Die Linksparteien haben zwar einige Mandate weniger, aber die anderen Parteien haben zusammen doch keine Mehrheit, so daß die Regierungsbildung wieder außerordentliche Schwierigkeiten machen wird. Eine sichere Mehrheit gäbe es nur aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei; für diese sind jedoch H. „F. F. F.“ nach der bisherigen Stellungnahme der Sozialdemokraten, wenig Aussicht vorhanden. Somit bliebe noch die Möglichkeit, daß Wirtschaftspartei und Dorfbund an der Regierungsbildung statt der Volkspartei beteiligt würden. Eine Ausrufung des „Vorwärts“ schließt das nicht aus und deutet jedenfalls darauf hin, daß die Sozialdemokratie diesmal die Regierungsbildung selber in die Hand zu nehmen gedenkt.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Schadensmeldungen der Entente. Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission mitteilen lassen, daß es ihr unmöglich sein werde, die Schadensmeldungen der Entente in so kurzer Frist so eingehend und gründlich zu prüfen, wie es die Bedeutung der Deutschland aufzuerlegenden Schuldsumme erfordert. Während einige kleinere Staaten sich zu Sachverständigenberatungen bereit erklärt haben, verweigern die beiden meistbeteiligten Staaten, Frankreich und Belgien, solche Verhandlungen. Durch diese Haltung wird der deutschen Regierung die Stellungnahme zu den Forderungen der Gegner weiter ungewöhnlich erschwert. Gegenüber der von der Reparationskommission festgesetzten Schuldsumme muß sich die deutsche Regierung zurzeit alle Rechte vorbehalten.

* Generalstreikbewegung in Mitteldeutschland. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag begann die von Oberpräsidenten Hörsing angeführte Bewegung des Industrieerwerbs im Regierungsbezirk Merseburg. Darauf stellte die Mansfelder Arbeiterkammer den Truppen ein Ultimatum, das am Sonntag mittag abließ. Da es nicht beantwortet wurde, setzte gestern der Generalstreik ein, der sich nach den einlaufenden Nachrichten immer mehr ausdehnt. Die Streikleitung erließ heute einen Aufruf, worin die Besetzung durch die Polizeitruppen als Anfang der weiteren Campaigne bezeichnet wird. Die Arbeiterschaft wird zum Generalstreik aufgefordert, bis die Schutzpolizei völlig aus dem Bezirk zurückgezogen worden sei.

Der „Vollstrecker“ schreibt zu dieser Meldung, die er als „Neue kommunistische Bahnhofsaktion“ bezeichnet: Es muß ausdrücklich bemerkt werden, daß die Besetzung der genannten Bezirke nicht etwa aus politischen Gründen oder gegen politische Bestrebungen erfolgt ist, sondern um den einfach und unerbittlich gewordenen Plünderungen und Mäuerungen ein Ende zu machen. Oberpräsident Hörsing hat vor der Besetzung klar u. eindeutig verkündet, daß die Maßregel sich gegen keine Partei richtet, vielmehr soll mit ihr nur der allgemeinen Unzufriedenheit ein Ende gemacht werden. Was die Kommunisten aber nicht abhält, einen Generalstreik zu inszenieren. Etwa aus Solidarität mit dem Werkstoff?

* Neutraler Protest beim Völkerbund. Die römische „Epoca“ meldet H. „B. P.“, daß von 5 neutralen Staaten an den Völkerbundsrat ein Protestschreiben gegen die wirtschaftlichen Sanktionen der Entente eingetroffen ist. In diesen Einspruchserhebungen der genannten Staaten wird der Völkerbundsrat aufgefordert, eine Revision der Londoner Beschlüsse schon im Interesse des internationalen Handelsverkehrs baldmöglichst in die Wege zu leiten.

* Börsiger Sturz der polnischen Marktwährung. In der Schweizer Börse wurde laut „B. P.“ am Samstag die Notierung der polnischen Mark gestrichen. In Basel und in Zürich wurden 100 polnische Mark für 10 Schweizer Centimes angeboten, fanden aber keine Abnehmer. An der Genfer Börse erfolgte allgemein die Wertlosigkeitsklärung der polnischen Marktwährung.

* Französische Städte für die Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau. Bei der Konferenz der Abgeordneten der zerstörten Gebiete in Frankreich sprachen sich nach einer Vätermeldung aus Paris die Vertreter der Städte Reims, Caumont, Bayonne und St. Quentin für die Beteiligung der deutschen Arbeiter am Wiederaufbau aus.

* Ein Koalitionskabinett in Rußland. In Selsingfors liegen Nachrichten vor, wonach Lenin mit einer Reihe führender

stadt, in das Isartal auszufliegen. Straßenbahn und zwei Eisenbahnlinien führen dahin. In einem besonders romantischen Punkte des Tales, Geiselsgraben, wo die grüne Isar zwischen steilen Wänden dahinfließt, die mit mächtigen Buchen, Föhren und Fichten bestanden sind, ist ein Gelände von 56 Morgen (fast 20 Hektar) eingezäunt, das gegen Norden und Osten von den an alte Pinien erinnernden Silhouetten hoher Föhren umgrenzt wird. Von diesem klassisch anmutenden, schwarzgrünen Hintergrund heben sich umfangreiche Gebäulichkeiten ab. Vor allem fällt ein mächtiges Glashaus auf und weiterhin eine orientalische Stadt mit Minarett, Zinnen und Toren. Das ist das Land der Münchener Lichtspielkunst des G. m. b. H. K. o. n. z. e. r. n. s. Reine größere Filmgesellschaften sind heute schon diesem Unternehmen angeschlossen, das etwa 700 Angestellte und Arbeiter (abgesehen von den festverpflichteten Schauspielern und Schauspielern und zeitweise tausenden von Statisten) beschäftigt und sein Aktienkapital in diesen Tagen auf 30 Millionen erhöhen wird. Gegen die Haltestelle der Straßenbahn zu wird auf dem unübersehbar ausgedehnten Grundstück ebenmäßig gebaut. Eine Kopieranstalt und ein großes Laboratorium für Photochemische Versuche, ferner zwei Doppelwohnhäuser für Beamte und Angestellte sind hier im Bau begriffen. Wir treten durch das Verwaltungsgelände in das Kriegergasthaus, das nach den Angaben eines unserer hervorragenden Münchener Fachmänner der Filmindustrie, Peter Ostermayr, von dem Architekten Joseph Goldmann in den letzten zwei Jahren errichtet worden ist. Aus dem Boden heraus steigen die Glaswände ohne Mauerwerk zur Höhe eines vierstöckigen Hauses empor. 15 Meter breite und 9 Meter hohe Tore zu den beiden Längsseiten und ein 7 Meter breites und 9 Meter hohes Tor an der Stirnseite gestalten nicht nur die größten Dekorationen aufzustellen, sondern auch aus dem Boden her-

* Münchener Lichtspielkunst A. G., Dokumentalfilmwerke Robert Reinert, Bayerische Filmgesellschaft Fetz & Wiesel, Filmhaus Barbara, Mobeefilm, Neue kinematographische Gesellschaft, Zentralfilmvertrieb Richard Götberg, Harry Biel-Filmgesellschaft, Süddeutsches Filmhaus, Studiengesellschaft Komdine, Vorstand: Justizrat Dr. W. Rosenthal und die Direktoren Peter Ostermayr, M. D. Hellzommer, R. Wiesel, F. Fetz, Robert Reinert (künstlerische Oberleitung), W. Krauß (Leitung der Theaterabteilung).

aus und hinaus ins Freie zu bauen. Das von allen Seiten in die weite Halle hereinflutende Tageslicht weckt die Sehnsucht, sich in diesem bis jetzt behaglich geheizten Nischenraum als Bewohner Arkadiens zu fühlen und im Winter und Sommer unabhängig von unserem rauhen Hochlandsklima Sonnen- und Luftbäder zu nehmen. Aber auch das reichste Licht des Tages genügt unserer unerfättlichen Industrie nicht. An einer äußerst sinnreichen fahrbaren Eisenkonstruktion sind etwa 60 der stärksten elektrischen Lampen und Lichter angebracht.

Durch die Hallen läuft ein Schienenstrang, der zu den ausgedehnten technischen Werkstätten (Bau- und Möbelwerkstätten mit allen modernen Holzbearbeitungsmaschinen, Polier-, Lackier-, Maler- und Bildhauerwerkstätten) und in die Regulatorhallen führt, deren größte 76 Meter lang und 20 Meter breit ist. Hier sind in musterhafter Ordnung alle denkbaren Dekorationen aufgestellt. Nirgends sehen wir den gewöhnlichen Kissen- und Soffitenplunder aus Leinwand und Pappe. Hier ist alles fest und haltbar in Holztafeln, dem sogenannten Eberholz getücht. Während wir diese Räume durchwandern, waren in etwa 20 Minuten in dem Glashaus ein intimer Salon und anstehend der Repräsentationsaal eines fürstlichen Schlosses, beide mit spiegelblankem, farbig getäfelmtem Holzparkett und durchaus massiven sonstigen Ausstattungen aufgestellt worden, und man begann bereits mit den Aufnahmen zu einem neuen Film „Spleen“, von dem man sich besonders künstlerische Wirkungen verspricht. Auch mer die Bauarbeiten unserer ersten Wägen kennt, war verblüfft über diese Reize. Man begreift es, daß bedeutende Fachleute, wie der frühere Leiter des Ausstattungsdienstes des Münchener Hof- und Nationaltheaters, Prof. Kirchner, gerne in den Dienst dieser Unternehmen getreten sind.

Aber auch an den übrigen notwendigen Räumlichkeiten, die sogar bei unseren ersten Wägen oft noch in recht primitivem Zustand anzutreffen sind, also an Garderoben, Bureau- und Wirtschaftsräumen, Wädem usw. ist hier kein Mangel. Die bedeutendsten Fachleute wie der Chefregisseur der Münchener Lichtspielkunst Krauß, haben mit ihrem praktischen Rat diese Arbeiten der Architekten gefördert.

In einem anderen Teil des Geländes steht die schon erwähnte orientalische Stadt, Mekka genannt. Sie zeigt alle Ecken des Orients, verträumte Winkel und Wägen, breite Plätze, hochragende Tore und Moscheen. Das rauhe Klima hat dafür gesorgt, daß die auf dem Zementfundament aufgetre-

Personlichkeiten unter den Menschheits- und Sozialrevolutionären Verhandlungen eingeleitet haben soll. Nach der „Berliner Tribüne“ handelt es sich dabei um die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung.

Die Koffer der russischen Handelsmission. Gestern vormittag wurden, wie aus Rom gemeldet wird, durch die Grenzbehörden von den 27 verschlossenen, der russischen Handelsmission gehörenden Koffer, 12 Stück geöffnet. Man fand eine große Menge Perlen, Brillanten, Diademe, Gold, Perler-Tepiche und Silberbesteck. Die gefundenen Sachen stellen einen sehr hohen Wert dar. Die Untersuchung wird heute fortgesetzt.

Amerikanisch-mexikanische Zusammenstöße. Nach einer Meldung aus El Paso (Texas) kam es zwischen 100 amerikanischen Soldaten und einer ziemlich starken Bande von Mexikanern, die den Rio Grande zu überschreiten versuchten, zu einem Gefecht. Zwei amerikanische Soldaten wurden verwundet. Die Mexikaner haben schwere Verluste erlitten.

Badische Webersicht. Badischer Landtag.

Die Schlusskämpfe vor den Osterferien.

Am gestrigen Nachmittag waren die Zuhörerbänke fast überfüllt; die in Aussicht stehende Beratung der Besoldungsordnung hatte überaus zahlreiche Beamte und Lehrer angezogen, die über das Schicksal der Vorlage, wie es sich in der Haushaltskommission gestaltet hatte, Näheres erfahren wollten. Sie kamen nicht auf ihre Rechnung, denn bald nach Beginn der Sitzung teilte Präsident Kopp mit, daß die Besoldungsfrage erst am Dienstag früh zur Verhandlung gestellt werde. Der größte Teil der Zuhörer entfernte sich darauf wieder.

Die Sitzung erhielt einen feierlichen Auftakt durch die kurze, aber eindringliche und wirkungsvolle Ansprache des Staatspräsidenten Trunk, der das erfreuliche Abstimmungsergebnis in Oberhessen würdigte und der Hoffnung auf einen gerechten Ausgang dieses Ringens um einen deutschen Landesteil bereiten Ausdruck gab.

Darauf trat das Haus in die Erörterung über die Fortsetzung in Hinterarten ein. Es entspann sich eine längere Debatte, die erst am heutigen Vormittag ihren Abschluß fand.

LPD. Karlsruhe, 22. März.

Der Beginn der Montagmorgensitzung verzögerte sich um mehr als eine Stunde, da der Haushaltsauschuß nochmals zu einer Beratung über die Besoldungsordnung zusammengetreten war.

Als Präsident Dr. Kopp dann um 10 Uhr die Sitzung eröffnete, erhielt vor Eintritt in die Tagesordnung Staatspräsident Trunk das Wort zu folgender Ansprache:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!
Mit dem gestrigen Tage ist der Abstimmungskampf in Oberhessen zu Ende gegangen, der Abstimmungskampf, der durch das Friedensbündnis von Versailles den deutschen Volksgenossen in Oberhessen auferlegt worden ist!

Damit ist zu Ende gegangen ein herbes, wütendes Ringen, herb an sich, herb aber insbesondere auch durch die Bedrohungen und den Terror, der gegen unsere deutschen Volksgenossen im oberhessischen Gebiete in den letzten Monaten — insbesondere aber in den letzten Wochen und Tagen — geferrt hat. Der Kampf hat gegolten für die deutschen Oberhessler um ihre Heimat; er hat gegolten der deutschen Arbeit auf oberhessischem Boden; und der Kampf hat weiterhin gegolten für Deutschlands guten Bestand (Sehr richtig! rechts). Der Kampf hat mit dem gestrigen Tage mit einem Objekte für das Deutschland gemeint (Sehr richtig! links! Bravo!).
Wir müssen hoffen und verlangen, daß diesem Sieg im Kampf um die Anschauung und Meinung, daß diesem deutschen Sieg um deutsche Erde und um deutschen Besitz die Entscheidung der Entente voll und ganz Rechnung trägt, und daß das, was die Abstimmung der oberhessischen Wobblierung als deutsch erklärt hat, deutsch sei und deutsch bleibe. (Sehr richtig!)

Wir haben Dank zu sagen, und zwar herzlichsten Dank, den deutschen Volksgenossen, die den schweren Kampf vollbracht

haben, herzlichsten Dank für ihr Mähen, herzlichsten Dank für ihre großen Opfer, die umso größer waren, als sie unter fremder Besetzung gebracht werden mußten, als es bei ihnen gegolten hat, deutsch zu sein und für das Deutschland zu streiten in einer Stunde höchster Not, aber auch für sie in einer Stunde höchster persönlicher Gefahr.

Und wir müssen auch Dank sagen den Volksgenossen aus badischem Lande, die, auf oberhessischer Erde geboren, unter Aufwendungen und Gefahren in ihre Heimat geeilt sind, um dort Zeugnis zu geben und zu stimmen für das Deutschland (Zurufe: Sehr richtig!) Herzlichen Dank ihnen! Heute schon wollen wir ihnen aus dem Badischen Landtag heraus einmütig zurufen: ein herzlichsten Willkommen und auf gutes, frohes Wiedersehen! (Beifall.)

Aber wir wollen auch für uns etwas nehmen aus dem Kampf, der dort stattgefunden hat. In Not und Gefahr sind alle einig gewesen ohne Unterschied im Glauben und ohne Unterschied des Standes und Berufs; alle, die deutsche Sprache sprachen, einig im Kampfen und im Ringen um den Sieg für deutsche Erde und für deutsche Wirtschaft.

Wenn die Entente bei ihrer Entscheidung, der Abstimmung Rechnung tragend, auch damit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands Rechnung trägt, und wenn damit dem enormen Bedürfnis nach Frieden in Zentraluropa, in Europa überhaupt, Rechnung getragen wird, dann wollen wir auch in der Richtung den deutschen Volksgenossen Dank sagen, die gestern mit Opfern, aber überzeugt von ihrer deutschen Sache und überzeugt von dem Recht der deutschen Sache, den Sieg erfochten haben. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Präsident Dr. Kopp stellt fest, daß das ganze Haus mit den Darlegungen des Staatspräsidenten einverstanden ist. Wir wollen hoffen, daß die amtlichen Nachrichten, daß die Entente dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Rechnung trägt, die bisherigen Redungen bestätigen und wir dürfen auf das Ergebnis der Abstimmung stolz sein. (Beifall.)

Nach dieser Rundgebung wurden zunächst einige kleine Anfragen beantwortet. Von Interesse war dabei die Antwort auf die sozialdemokratische Anfrage, daß bis 1. April 1922 die Gemeinden 80 Prozent der ihnen aus dem Steueranteil gewährleisteten Beträge erhalten werden. Weiterhin wurde eine sozialdemokratische Anfrage über die Rinderzuschläge dahin beantwortet, daß bezüglich dieser Zuschläge für außerplanmäßige Beamte keine zahlungshindernden Verfügungen getroffen worden seien.

Der erste Punkt der Tagesordnung, die Beratung über die Änderung des Besoldungsgesetzes wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Nach dieser Mitteilung des Präsidenten verließen die meisten Tribünenbesucher das Haus.

Im folgenden berichtete namens des Haushaltsauschusses Abg. Dr. Glöckner (Dem.) über die Gewährung eines Darlehens aus Mitteln der Amortisationskasse an die Badische Fortsetzung G. m. b. H. Der Berichterstatter teilte mit, daß die Gesellschaft eine Verpfändung von mehr als 400 000 Mark aufzuweisen hat. Bei der Liquidation würde ein weit höherer Betrag verloren gehen, deshalb soll der Staat durch einen Zuschuß das Weiterbestehen der Gesellschaft ermöglichen. Ihr Zweck ist die gemeinnützige Ausbeutung der Moore in Hinterarten und Kalbbrunn. Der Haushaltsauschuß hatte mit 10 gegen 4 Stimmen beschlossen, beim Hause zu beantragen, daß der Fortsetzungsgesellschaft gegen Verpfändung des Gesamtbestandes ein Darlehen von 2 1/2 Millionen Mark gegeben werde.

In der Aussprache nahmen das Wort die Abg. Strauß (Zentr.), Dr. Rehner (Zentr.), Oberwald (Dem.) und Abg. D. Mayer-Karlruhe (D-Mittl.). Die meisten dieser Redner übten an dem Unternehmen scharfe Kritik.

Arbeitsminister Dr. Engler äußerte, daß die vorgebrachten Beanstandungen leider berechtigt seien. Der erste Fehler sei, daß man in Baden mit einer großen Rentabilität des Unternehmens gerechnet habe. Der zweite Fehler war, daß man mit einem zu geringen Geschäftsumsatzvermögen begann und drittens bestand die Geschäftsleitung nicht, mit diesem Kapital auszukommen. Das Unternehmen war viel zu großartig und kostspielig angelegt. Was die persönliche Seite anbelangt, so ist hier die zusammengetragene Unfähigkeit konzentriert (Sehr richtig). Mit unserer jetzigen Rentabilitätsrechnung haben wir uns auf den Boden der Wirklichkeit gestellt. (Beifall.)

Dann wurde abgebrochen.

Ein Antrag des Staatsministeriums, für die Bezahlung der Erhöhung der Teuerungsbeträgen an die Lehrer von Volksschulen einer Anzahl von Städten einen Betrag bis zu 650 000 Mark zur Verfügung zu stellen, wurde dem Haushaltsauschuß überwiesen und auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Asthetik empor arbeiteten, so werden wir dem Kino gegenüber nicht mehr flüchtig und schimpfend den Kopf in unbegründeten Grundfragen vergraben, sondern tätkräftig mit Hand anlegen, daß die mit Recht beklagten lächerlichen Erscheinungen, Strafen und Gestalten, die heute noch in der Filmindustrie umgehen, zurückgedrängt werden, um dem Kunstwerk unserer neuen Kunst die Wege zu ebnen. Dr. Friedrich M. 51.

Landestheater.

„Trombadour“ und „Evangelistmann“.

Das Landes-Theater ist noch immer auf der Suche nach einer ersten Altistin. In den letzten Tagen kam als weitere Bewerberin um das frei gewordene Fach Paula Weber vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg gastweise die Partien der Azucena im „Trombadour“ und der Magdalena im „Evangelistmann“. Die Künstlerin besitzt ein technisch sorgfältig durchgebildetes Organ, das namentlich in der Mittelstimmigen großen Wohlklang aufweist. Der schöne, runde Tonanfang und die dynamischen Übergänge vom mezzo voce bis zum Forte lassen Gesangs-kultur erkennen. In der Höhe befremdet zuweilen eine leise Unsicherheit, es scheint, daß die Stimme der Künstlerin hier weniger willig gehorcht. In der tieferen Lage wäre dem im übrigen tragfähigen und ausgiebigen Organ etwas mehr Resonanz zu wünschen. Darstellerisch bot die Sängerin nicht viel Beständiges; ihr Spiel blieb zum Teil im konventionellen Rahmen, zum Teil mutet es wenig durchdacht u. der dramatischen Situation entsprechend an. Das, was unserer Bühne vor allem nutzt: eine jugendliche, in allen Lagen Wärme, Schmelze, Befestigung offenbarende Stimme u. ein überzeugendes, gefühlsvolles, mitforttreibendes Spiel, vermag die Bewerberin uns bei aller Routine und technischer Gewandtheit nicht zu bieten. Es wird sich also doch wohl empfehlen, sich, ehe man mit ihr abschließt, noch weiter umzusehen, falls man nicht etwa die nahegelegene Möglichkeit ins Auge fassen will, einen Teil der Aufgaben der Altistin Fräulein Leißiger zu übertragen und für den übrigen Teil Fräulein Bruntsch durch Gespielvertrag zu gewinnen, wobei außerdem an die gelegentliche Heranziehung etwa noch in der Verborgeneit blühender, jüngerer Kräfte gedacht werden könnte. Durch eine solche Lösung würde zugleich der berechtigten Forderung, der Heranbildung eines brauchbaren künstlerischen Nachwuchses im Rahmen unseres eigenen Opernensembles Rechnung getragen. E. R. f.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung und Beratung der Besoldungsordnung. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Zu Beginn der heutigen Sitzung berichtete zunächst Abg. Stöckinger (Soz.) namens des Haushaltsauschusses über einen Antrag des Kultusministeriums, der Landtag wolle die Ermächtigung erteilen, daß zur Bezahlung der außerordentlichen Erhöhung der Teuerungsbeträge an die Lehrer der Volksschulen der badischen Städteordnungsstädte 650 000 Mark zur Auszahlung gelangen unter Beantragung des Rückfusses beim Reiche. Der Haushaltsauschuß kam zu dem Antrag, das Finanzministerium zu ermächtigen, die erhöhten Teuerungszulagen auch an die Lehrkräfte der Volksschulen u. Höh. Lehranstalten auszubehalten. Die Ausgaben werden vom Staate vornehmlich übernommen und beim Reiche wird Rückersatz beantragt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurde die am Montag abgebrochene Beratung über die Gewährung eines Darlehens aus Mitteln der Amortisationskasse an die badische Fortsetzung G. m. b. H. fortgesetzt. In der Aussprache nahm u. a. mehrmals der Arbeitsminister Dr. Engler das Wort, um die Gründe darzulegen, aus denen man zur Weiterführung des Unternehmens mindestens für ein Jahr verpflichtet sei.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Haushaltsauschusses, der Fortsetzungsgesellschaft einen Kredit von 2 1/2 Millionen Mark zu gewähren, gegen Verpfändung ihres Bestandes mit allen gegen 28 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Das Haus trat in die Beratung ein über die Änderung des Besoldungsgesetzes vom 21. Mai 1920.

(Bei Redaktionschluß dauerte die Sitzung noch fort.)

Entscheidungen des bad. Verwaltungsgerichtshofes.

(Originalbearbeitung für die „Karlsruher Zeitung“.)

7. Begriff der mit der verwaltungsgerichtlichen Klage anfechtbaren polizeilichen Verfügung des Bezirksamts im Sinne des § 4 Abs. 1 Ziff. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

Eine mit der verwaltungsgerichtlichen Klage anfechtbare polizeiliche Verfügung kann in einer bezirksamtlichen Verfügung nicht erblickt werden, in der dem Kläger auf seine Anfrage, welche Folgen die Nichtberücksichtigung der Entschließung des Demobilisierungsausschusses über beabsichtigte Arbeiterentlassungen für ihn haben könne, unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen mitgeteilt wird, daß der Kläger bei vorläufiger Zwiderhandlung gegen die Entschließung Geldstrafe bis zu 100 000 M. zu gewärtigen habe, daß die Demobilisierungsorgane beauftragt seien, zwecks Durchführung der getroffenen Anordnung die Mitwirkung der Staats- und Gemeindebehörden sowie der militärischen Stellen in Anspruch zu nehmen, und daß endlich im Widerspruch zu der Entschließung erfolgte Entlassungen von Arbeitern unwirksam seien. Daß in der Verfügung, wie in der Klage behauptet wird, eine Geldstrafe bis zu 100 000 M. vom Bezirksamt angeordnet werde, ist aus dem Wortlaut der Verfügung nicht zu entnehmen und war vom Bezirksamt nach der Fassung der Verfügung nicht beabsichtigt, zumal da auch das Bezirksamt weder zum Ausspruch der Strafe noch zur Einleitung eines bezüglichen Strafverfahrens zuständig gewesen wäre; auch lag zu einem Eingreifen des Bezirksamts keine Veranlassung vor, da es von dem Vorhandensein des Demobilisierungsausschusses nicht etwa um seine Mitwirkung bei Durchführung der Entschließung des Demobilisierungsausschusses angegangen war. Der Wortlaut der Verfügung läßt klar erkennen, daß das Bezirksamt dem Kläger lediglich auf seine Anfrage eine Darlegung über die Rechtslage geben und im übrigen ihm überlassen wollte, die Folgerungen hieraus auf seine Verantwortung zu ziehen und sich entsprechend einzurichten. Eine derartige weder ein Gebot noch ein Verbot enthaltende amtliche Rundgebung kann nicht als eine den Kläger in seinen Rechten betreffende polizeiliche Verfügung im Sinne des § 4 Abs. 1 Ziff. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betrachtet werden. Die Klage war daher abzuweisen.

Urteil vom 1. Juni 1920 Nr. 2377

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Wertheim, 21. März. Zu den Bezirken, die am meisten unter dem Schleichhandel leiden, gehört unstreitig der bayerische Kreis Unterfranken und das angrenzende badische Gebiet. Wie notwendig der ständige Überwachungsdienst in den nach Norddeutschland fahrenden Schnell-, Personen- und Güterzügen ist, geht aus den Beschlagnahmestatistiken des Jahres 1920 hervor. Von den Gepäc- und Warenprüfungsstellen wurden in Franken im letzten Jahr Lebensmittel im Werte von über 3 Millionen Mark beschlagnahmt, darunter allein nahezu 1000 Zentner Mehl, über 1600 Zentner Getreide, über 500 Zentner Fett, über 100 Zentner Haser und Hasermehl.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Bestellung von Bücherrevisoren. Die Handelskammer Karlsruhe hat in ihrer Vollversammlung vom 9. März 1921 den Beschluß gefaßt, entsprechend dem Vorgehen der meisten übrigen deutschen Handelskammern ebenfalls Vorarbeiten auszuarbeiten, nach denen künftig die Bestellung von Bücherrevisoren erfolgen soll. Diese Vorschriften werden insbesondere die Bestellung von dem Bestehen einer Prüfung abhängig machen, die sich auf folgende Gegenstände erstrecken soll: Buchführungstechnik, Bilanz- und Bewertungsgesetze, Steuerwesen, Handels- und Konkursrecht. Um ein einheitliches Verfahren in ganz Baden zu erreichen, wurde der Badische Industrie- und Handelsrat in Mannheim ersucht, über die Frage in der nächsten Sitzung der badischen Handelskammern zu beraten.

LPD. Heidelberg, 18. März. Wegen niedrigen Wasserstandes ist die Schiffsahrt auf dem Neckar wieder eingestellt worden. Die Neckarschiffahrt leidet bereits seit dem August vorigen Jahres unter dem Wassermangel. Auch für die kommenden Monate sind die Aussichten auf eine Besserung der Verhältnisse nicht günstig. Markt bewilligt.

LPD. Heidelberg, 21. März. Der Hauptauschuß des Reichstags hat zur Fortsetzung der Arbeiten für die Redarfsanalystenerung und für den Ausbau seiner Werkkräfte 80 Millionen

LPD. Tue bei Durlach, 17. März. Das Munitionsgelände auf dem Killesfeld mit einem 15 Morgen großen Gelände ist durch Kauf aus dem Besitze des Reichsvereinsamtes an die Gemeinde übergegangen. Nach dem Friedensvertrage müssen die Gebäude beseitigt werden.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg. Der Schulbesuch enthält für 1919/20: 14 Abitur; 16 Prima; 38 Oll und Einj. an Gymnas., Realgymnas., Oberschule. Verpflegung durch eigene Landwirtschaft gesichert. 8.23

genen Farben in kurzer Zeit „alt geworden sind“ und mit jener Platina überzogen scheinen, die das Malerische im fernem Osten und Süden ins Märchenhafte steigert. Auch einen altgriechischen Tempel sehen wir dort in der Nähe aufgebaut und eine Gottheit sitzt in den Wäldern. In ihr spielen sich zum Beispiel Szenen des nach Ludwig Ganghofer berühmtem Bergedagener Roman „Der Mann im Salz“ geschaffenen Films ab, der nächstens auf der Leinwand der Lichtbildbühnen erscheinen soll.

Eineingebaut in eine Umgebung romantischer Forsten, die sich mit großen Heideflächen und urwaldartigen Beständen viele Stunden weit dehnen und am Rande des tiefeingeschneitene, reizvollen Parkes haben diese Werkstätten einer unserer größten deutschen Filmgesellschaften. Bemerkenswert ist, daß ihre Gründung auf einen Ausbruch zurückgeht, der vor Jahren schon sich die Geburt des Aweaus des deutschen Filmes zur Aufgabe machte und dem die namhaftesten Münchener Künstler, Schriftsteller, Pädagogen und sonstige Persönlichkeiten angehörten, welche die Wichtigkeit des Filmes für eine gelungene Volkserziehung rechtzeitig erkannt hatten. Die Wälderäume der Gründer sind allerdings bis heute noch nicht gereift. Der Emelka-Konzern, der von unseren angesehensten bayerischen Banken finanziert ist, kann aber wohl am wenigsten dafür verantwortlich gemacht werden. Schuld daran ist das Publikum, das gegen die kostspieligsten Versuche, das Aweau der Filme zu heben, mit passiver Resistenz antwortet, — das heißt, nicht in die Theater geht, wenn die Filmstücke nicht auf Spannung, Spannung und wieder Spannung um jeden Preis zugeschnitten und zugespielt sind.

Wenn man solche musterartige Anlagen, wie sie der Emelka-Konzern in München besitzt, gesehen hat und weiß, daß hier Pädagoge, Künstler und Schriftsteller zusammenarbeiten, die der Kunst und Kultur unseres Volkes gewiß nicht weniger treu dienen wollen, als etwa die Leute, die unsere staatlichen und privaten Schaupielbühnen führen, dann wird man die Hoffnung nicht aufgeben, daß es in absehbarer Zeit doch noch und nach gelingen wird, nicht nur den Film in technischer Beziehung immer mehr zu vervollkommen, sondern auch den dramatischen, besser gesagt epischen Inhalt der Aufführungen so zu reinigen und dem besondern Material anzupassen, daß auch die unentwegten und grundsätzlichen Gegner heiligt werden. Wenn wir uns daran erinnern, wie lange das deutsche Drama und die deutsche Musik brauchen, bis sie aus der Atmosphäre der Jahrmärkte, der Spieltheater, Seilgänger und Marionetten sich in die Sphären einer geleisteten

Aus der Landeshauptstadt.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung v. 17. März 1921.

Änderung des Tarifs der städt. Straßenbahn. Zur Deckung des Fehlbetrags im Voranschlag der städt. Straßenbahn für das nächste Wirtschaftsjahr sollen ab 1. April 1921 im Tarif der städt. Straßenbahn folgende Änderungen eintreten: Die Preise der Einzelfahrtscheine für 5 Teilstrecken werden von 70 Pf. auf 80 Pf., diejenigen der für über 5 Teilstrecken von 1 M. auf 1,20 M. erhöht. Entsprechend dieser Erhöhung verringert sich die Stückzahl der Scheine in den Fahrtscheinstreifen für 2 und für bis 5 Teilstrecken um je 2 Scheine; die Fahrtscheine für über 5 Teilstrecken kosten 8 M. Die Preise der Monatskarten — mit Ausnahme der Karten für das ganze Netz — erhöhen sich um 5 M., letztere um 10 M. Für die Dienstkarten für städt. Stellen sollen 30 M. statt wie bisher 25 M. bezahlt werden. Die Schülerkarten und die Karten für die Kriegsbekindeten, welche im Geben behindert sind, erfahren keine Erhöhung. Beim Bürgerauschuss wird Antrag auf Zustimmung gestellt.

Nutzungsrechnung. Der Stadtrat nimmt den Bericht der von ihm eingesetzten Nutzungsrechnungskommission entgegen und beschließt, das von dieser Kommission aufgestellte Nutzungsrechnungsschema für die Bevölkerung zur Verwendung beim Abschluss neuer Mietverträge zu empfehlen.

Verbesserung der Verbindung zwischen Südstadt und M.-Stadt. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bürgerauschuss genehmigt der Stadtrat den mit dem Reichseisenbahnfiskus abzuschließenden Vertrag über die Herstellung eines Weges zur Verbindung der Marienstrasse mit der Adlerstrasse auf dem Gelände des alten Personenbahnhofes. Die Arbeiten werden, soweit möglich, durch Erwerbslose ausgeführt. Die Kosten der Anlage im Betrag von 30.000 M. werden in den Voranschlag des Wirtschaftsjahres 1921/22 eingestellt.

Feststellung von Baufluchten. Das Ministerium der Finanzen hat beim Stadtrat Antrag auf Feststellung von Baufluchten an der Englerstrasse gestellt. Ein entsprechender Entwurf wird dem Bezirksamt vorgelegt.

Erwerbslosenstatistik. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen beträgt 3.986. Seit dem 1. April 1920 wurden Neuanträge auf Erwerbslosenunterstützung gestellt 3214; erneut erwerbslos haben sich gemeldet 3345 Personen; abgelehnt wurden 641 Anträge und in Arbeit vermittelt wurden von den unterstützten Erwerbslosen 5064.

* **Ausstellung.** Um die badischen Industriellen und Handwerker über die Bedürfnisse der Schiffswerften zu unterrichten,

wird im Landesgewerbeamt ein kleines Musterlager von Schiffsbedarfsgegenständen 4 Wochen lang ausgestellt werden. Es wird erzwungen zur näheren Orientierung den Betrieb der Schiffsbereitungen an der Wasserfronte durch badische Industrielle und Handwerker in Augenschein nehmen zu lassen.

50 Prozent Ausfuhrabgabe. Die Handelskammer Karlsruhe erfährt von Berlin, daß England die Abgabe für solche Waren erläßt, die vor dem 8. März 1921 in Deutschland bestellt sind und bis einschließlich 14 April 1921 in England eintreffen.

LPD. Ein Scherkerstreich. Am Samstag abend kurz vor 9 Uhr wurde von einem unbekanntem Verbrecher in der Nähe der Station Knielingen bei Karlsruhe auf die Lokomotive eines Personenzugs ein scharfer Schuß abgegeben. Durch das Geschloß wurde der Lokomotivführer am linken Arm verletzt.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 17. Januar d. J. beschloffen, den Stadtgeometer Richard Jöler in Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 die planmäßige Amtsstelle eines Obergemeisters zu übertragen.

Das Staatsministerium hat unterm 22. Februar d. J. beschloffen, den Rechnungsdirektor beim Evangelischen Oberkirchenrat Dr. Adolf Hellmuth in den Ruhestand zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unterm 3. März d. J. die Regierungskassafloren: Dr. Erich Jersake, Dr. Theodor Weisbrod, Robert Schneider, Erwin Richter, Ludwig Wagner, Karl Müller, Ferdinand Steiger, Mathias Kühn, Ludwig Werber zu Amtmännern ernannt.

Das Staatsministerium hat unter dem 8. März d. J. beschloffen: Den Direktor Karl Wagner an der Realschule in Rheinfelden als Professor an das Verhölzungs-Gymnasium in Freiburg, die nachgenannten Professoren in gleicher Eigenschaft an die jeweils beigezeichneten Höheren Schulen zu versetzen, nämlich: Franz Best am Gymnasium Pforzheim an das Realprogymnasium in Rottweil und Dr. Karl Siewel vom Gymnasium Durlach an jenes in Karlsruhe, und die nachgenannten Lehramtspraktikanten zu Professoren an den jeweils beigezeichneten Höheren Schulen zu ernennen: Dr. Richard Daub aus Pforzheim an der Realschule in Bretten, Rudolf Franz aus Mannheim an der Realschule in Rellingen, Franz Huber aus Löffingen am Gymnasium in Mannheim, Rudolf Imgraben aus Bretten am Gymnasium in Durlach, Dr. Karl Kamm aus Devant les ponts (Neh) an der Realschule in Tauberbischofsheim.

Das Staatsministerium hat mit Entschloßung vom 7. März d. J. den Amtmann Dr. Franz Hermann Trebbach beim Bezirksamt Neß zu Landesstellen in Karlsruhe versetzt.

Das Staatsministerium hat mit Entschloßung vom 9. März d. J. dem Oberamtmann Dr. Mohr in Tauberbischofsheim für die Dauer seiner kommissarischen Verwendung im Reichsbienste die Amtsbezeichnung Oberregierungsrat verliehen.

Das Staatsministerium hat mit Entschloßung vom 12. März d. J. den Kriminalkommissar Erwin Lüthy mit Wirkung vom 1. April 1920 zum Kriminalinspektor nach Gruppe IX der Befehlsordnung in Mannheim ernannt.

Das Ministerium des Innern hat mit Ermächtigung des Staatsministeriums als Dienstsitz bestimmt: für den Amtmann Dr. Joseph Pforzheim, für die Amtmänner Dr. Weisbrod und Müller Mannheim, für die Amtmänner Schneider, Wagner, Steiger, Kühn und Werber Karlsruhe, für den Amtmann Richter Freiburg.

Durch Entschloßung des Arbeitsministeriums vom 1. März d. J. ist Regierungsbauinspektor Eugen Treßler in Vörsach mit der einstweiligen Verwaltung der Wasser- und Straßenbauinspektion Vörsach betraut worden.

Durch Entschloßung des Arbeitsministeriums vom 2. März d. J. ist Regierungsbauinspektor Robert Jofobi in Freiburg zur Wasser- und Straßenbauinspektion Vörsach versetzt worden.

Das Arbeitsministerium hat den Obergemeister Eugen Krauß in Überlingen nach Ermüdungen, den Obergemeister Oita Schmidt in Breisach nach Überlingen, den Obergemeister Roman Großmann in Wolfach nach Überlingen versetzt.

Die Errichtung einer Krankenpflegeschule am städt. Krankenhaus in Pforzheim betr.

Der an dem städtischen Krankenhaus in Pforzheim errichteten Krankenpflegeschule wird die staatliche Anerkennung erteilt.

Zu Mitgliedern der Prüfungskommission an derselben werden ernannt:

- 1. der Bezirksarzt, Herr Regionalrat Dr. Mayer in Pforzheim, zugleich als Vorsitzender,
- 2. der Direktor des städtischen Krankenhauses in Pforzheim, Herr Dr. Rink,
- 3. der Assistenzarzt am städtischen Krankenhaus in Pforzheim, Herr Dr. Mayer.

Karlsruhe, den 16. März 1921.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Klein. Braun.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 23. März, 6^{1/2}—10 Uhr. Mk. 12.—
Kabale und Liebe.

Kaffee Mozart
Tel. 664. Ecke Kaiser- und Kronenstrasse
Erstkl. Familien-Kaffee
Täglich ab 4 Uhr: Künstler-Konzerte
EUGEN KISTNER

Bürgermeister-Stelle.
Die Stelle des Bürgermeisters der Amtsstadt Emmendingen ist bis spätestens 1. Juli d. J. neu zu besetzen.
Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufs und der Gehaltsansprüche bis zum 15. April d. J. beim Gemeinderat einzureichen.
Emmendingen, den 16. März 1921.
Der Gemeinderat.

Bekanntmachung.
Auslosung städtischer Schuldschreibungen betr.

Bei der am 10. März d. J. stattgehabten Auslosung sind die nachbezeichneten Schuldschreibungen der 1909er Anleihe der Stadtgemeinde Heidelberg zur Heimzahlung gezogen worden:

- Sit. A zu je 2000 M. Nr. 95, 253, 280, 290, 314, 340, 364, 402.
- Sit. B zu je 1000 M. Nr. 507, 532, 548, 560, 590, 626, 762, 782, 794, 826, 926, 1046, 1123.
- Sit. C zu je 500 M. Nr. 1277, 1286, 1368, 1384, 1473, 1535, 1627, 1694, 1715, 1730, 1744, 1804, 1892, 1945, 2045, 2091.
- Sit. D zu je 200 M. Nr. 2273, 2338, 2373, 2375, 2477, 2485, 2644, 2646, 2734, 2767, 2533, 2850, 2875, 2913, 2993, 3063, 3181, 3205, 3257, 3324, 3357, 3369, 3383, 3403, 3412.

Die Heimzahlung der ausgelosten Schuldschreibungen erfolgt vom 1. Juli 1921 an beim Stadtrechtsamt Heidelberg, bei der Dresdener Bank, der Pfälzischen Bank, bei L. & G. Wertheimer und bei W. & P. Perz sämtliche in Frankfurt a. M. sowie bei dem A. Schaffhauserischen Bankverein (Filiale) in Bonn und bei Anton Kohn in Nürnberg gegen Rückgabe der betreffenden Schuldschreibungen und der noch nicht verfallenen Zinscheine nebst Erneuerungsscheine. Für die hierbei fehlenden Zinscheine wird der entsprechende Betrag am Kapital in Abzug gebracht.

Die Verzinsung der ausgelosten Schuldschreibungen hört mit dem 30. Juni 1921 auf; für nicht rechtzeitig eingelöste Schuldschreibungen wird eine Zinsentschädigung in keinem Falle bezahlt.

Von den in früheren Jahren gekündigten Schuldschreibungen der 1909er Anleihe sind zur Zeit noch nicht eingelöst:

- Sit. A Nr. 466, Sit. B Nr. 638 und 697, Sit. C Nr. 1322, 1397, 1536 und 1677.

Heidelberg, den 12. März 1921.
Der Stadtrat.
Dr. Walz. Rußn.

Die Bad. Landwirtschaftskammer
sucht zur Bearbeitung ihrer Rechtsangelegenheiten tüchtigen Juristen

mit zweitem Eganen als Beamten.
Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an Direktor Dr. Müller, Karlsruhe, Stephaniensstraße 43.

Bad. Landwirtschaftskammer.
Der Vorsitzende:
J. V. Salzer.

Bei der am 5. März 1921 vorgenommenen Auslosung der im Jahre 1921 zur Heimzahlung gelangenden Schuldschreibungen der Stadtgemeinde Konstanz wurden folgende Stücke gezogen:

1. Vom 1887er Anlehen:
Heimzahlbar auf 1. Juli 1921

- Buchstabe A Nr. 7, 23, 97, 164, 228, 293, 308, 367, 370, 377, 389.
- Buchstabe B Nr. 133, 146, 185, 273, 249, 289, 294, 299, 380, 383, 405, 439, 443, 480, 548, 581, 700, 800, 871, 899, 929, 933, 939, 1019, 1020, 1027, 1066, 1147, 1157, 1263, 1325, 1326, 1330, 1399, 1426, 1439, 1443, 1449, 1465.
- Buchstabe C Nr. 8, 48, 64, 70, 103, 129, 134, 141, 145, 185, 395, 505, 588, 615, 646, 672, 769, 804, 818, 851, 881, 1035, 1095, 1097, 1117, 1136, 1148, 1198, 1248, 1324, 1336, 1373, 1382, 1470, 1471, 1482, 1521, 1634, 1656, 1667, 1693, 1699, 1716, 1776, 18, 2, 1831, 1905.
- Buchstabe D Nr. 46, 65, 145, 181, 194, 207, 220, 249, 444, 447, 500.
- Buchstabe E Nr. 7, 90, 167, 226, 270, 278, 319, 321, 406, 424, 473.
- Buchstabe F Nr. 48, 64, 84, 99, 105, 131, 194, 262, 352, 354.

2. Vom 1902er Anlehen:
Heimzahlbar auf 1. Juli 1921

- Buchstabe A Nr. 51, 334, 356, 481, 771, 787, 855, 928, 965.
- Buchstabe B Nr. 17, 65, 139, 143, 263, 450, 483, 556, 597.
- Buchstabe C Nr. 50, 132, 253, 334, 384, 397.
- Buchstabe D Nr. 269, 286, 298, 303, 360, 399.

Von dem zur Heimzahlung bestimmten Zeitpunkt an hört die Verzinsung der gezogenen Schuldschreibungen auf. Die Auszahlung der gezogenen Stücke im Nennwerte erfolgt vom 1. Juli an bei den auf den Schuldschreibungen aufgeführten Banken und Posten.

Mit den ausgelosten Schuldschreibungen sind auch die unterfallenen Zinscheine, sowie die Zinserneuerungsscheine abzugeben, der Betrag der etwa fehlenden unterfallenen Zinscheine wird bei der Auslosung am Kapital in Abzug gebracht.

Von den früher zur Heimzahlung gekündigten Schuldschreibungen sind folgende noch nicht eingelöst:

- 1887er Anlehen:**
Buchstabe A Nr. 143, 183, 270, 283, 288, 382.
Buchstabe B Nr. 396, 407, 445, 514, 526, 698, 750, 757, 822, 838, 843, 879, 885, 927, 936, 958, 976, 1002, 1024, 1059, 1074, 1079, 1135, 1142, 1154, 1173, 1180, 1183, 1207, 1224, 1225, 1246.
Buchstabe C Nr. 55, 62, 80, 295, 621, 624, 630, 660, 685, 719, 763, 779, 840, 886, 891, 896, 897, 902, 912, 914, 942, 993, 1009, 1012, 1217, 1247, 1312, 1323, 1345, 1356, 1366, 1404, 1493, 1500, 1567, 1668, 1850.
Buchstabe D Nr. 269, 312, 426, 443.
Buchstabe E Nr. 125, 491.
Buchstabe F Nr. 100, 119, 122.
- 1902er Anlehen:**
Buchstabe A Nr. 455.
Buchstabe B Nr. 89, 363, 380, 601.
Buchstabe C Nr. 84, 124, 247, 266, 439.
Buchstabe D Nr. 245, 271, 310, 327, 364, 392.

Der Stadtrat.

Wer Film-
Schauspieler(in) werden will, wende sich sofort, um Auskunft m. Rückporto an den Brieffund-Versand Nürnberg, Weberstr. 11.

Geschäftsführer
Juristen od. Nationalökonom
sucht badische wirtschaftspolitische Organisation für sofort. Bewerbungen an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung unter N. 64.

Goldgrube.
Der Vertrieb eines hervorragenden pharmazeutischen Präparates, mit welchem in kurzer Zeit ein Vermögen ohne Kapitalsanlage verdient werden kann und der auf Jahre hinaus eine geübte Erziehung bietet, ist noch für einige Städte zu vergeb. Man verlange sofort Prospekt Nr. 60. Chemische Werke Dr. G. A. J. Schöberl & Co. Frankfurt a. Main Callusanlage 2.

Konkursöffnung.
N. 434. Konstanz. Über das Vermögen der Firma Philipp & Jettler, Papierhandlung, alleiniger Inhaber Kaufmann Josef Jettler in Konstanz, wird heute am 18. März 1921, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da ein Gläubiger einen dahingehenden Antrag gestellt, und der Gemeindeführer die Zahlungsunfähigkeit eingekündet hat.

Der Präsident Richter hier wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 7. Mai 1921 bei dem Gericht anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbehaltenung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintrittendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Donnerstag, den 28. April 1921, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 19. Mai 1921, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind,

wird aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verhandeln oder zu leisten, auch die Verpfändung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. April 1921 Anzeige zu machen.

Konstanz, 18. März 1921.
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts 2.

Bekanntmachung.
Die Stelle des hiesigen Stadtrechners

ist sofort neu zu besetzen. Geeignete, tüchtige und gewissenhafte Bewerber, die auf dem Gebiete des Gemeindeführungswesens die nötige Erfahrung besitzen, wollen sich unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche u. Befähigung ihres Lebenslaufes bis längstens 1. April 1921 bei uns melden.

Gernsbach, 18. März 1921 (Murgtal).
Bürgermeisteramt: Menges.

Bekanntmachung.
Die 1. Staatsprüfung der Geometer betr.

Diejenigen Geometerkandidaten, welche sich der diesjährigen Staatsprüfung zu unterziehen beabsichtigen, haben ihre Zulassungsgesuche unter Anschlag der in § 11 der landesherlichen Verordnung vom 17. Sept. 1895, die Ausbildung, Prüfung und Beaufsichtigung der öffentlichen hiesigen Feldmesshüter betr. (Ges. u. V. M. 1898, S. 427) vorgelegten Belege spätestens bis 15. April d. J. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die den Gesuchen beizulegenden Zeichnungen sind in Mappe vorzulegen. Karlsruhe, 16. März 1921.
Direktion des Wasser- und Straßenbauwesens.

Eisenkäufenden-
Verkauf.

Das Bad. Forstamt Gerolzhofen verkauft freihändig im Wege schriftlichen Angebots aus den Staatswaldsitzen auf Gemarkung Heefeld, Ransberg (Forstwart Henninger in Oberjüß), Schredenbüsch, Wernschlag, Niederwieje (Forstwart Volkert in Heefeld) das diesjährige Schälendenergebnis mit einer geschätzten Masse von 600 Zentner Glanz- und 30 Zentner Grobholde. Angebote für das ganze Quantum oder einzelne Distrikte

frei Bahn bis spätestens 10. April d. J. erbeten. Abstinenzen: für Distrikt Ransberg 200 Ztr. Glanzrinde; Unterjüß 5 Kilometer; für die anderen Distrikte u. Restmasse: 25 bis 5 Kilometer. W. 431

Forstamt Rheinfelden. **Rugholzversteigerung**
Mittwoch, den 30. März 1921 im „Salmen“ in Freßlett aus Staatswald, Ettrich-Wald, Rottmoor, Obergöpling, Röhrenwirth: W. 439

1. Für Kleingewerbetreibende, Handwerker und Selbstverbraucher vorm. 9 Uhr beginnend: Eich. 4.—6. 85 Fhm. Eiche 3.—6. 50 Fhm. Birch. 4.—6. 22 Fhm. Kapp. 3.—5. 50 Fhm. E. 4.—6. 10 Fhm. N. Elm. 3.—5. 15 Fhm. Plat. Kirch. Hainb. 4. bis 6. 3 Fhm. Forsten 4.—6. 28 Fhm. 2. ohne Zulassungsbefähigung: nachmittags 2 1/2 Uhr: Rotm. 1. u. 2. 4 Fhm. Rotm. 3.—5. 10 Fhm. Eich. 1.—3. 95 Fhm. Forstwart Rott, Pulverschopf für Ettrichwald, Forstwart Lash, Freßlett für Obergöpling, Röhrenwirth, Dönnemwaldhüter Meier, Oberbruch, für Rottmoor, und Röh. Elm (s. Lichtenau) für Ransberg, geben nähere Auskunft und bitten ab.

Für den Neubau der Ing.-Hörs. Techn. Hochschule werden die Schreiner- und Schlosserarbeiten, Terrazzoarbeiten sowie die Schmalstramanten (Kügelstimmungen) im Bene der öffentlichen Angebote nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 3. November 1907 ausgeschrieben. Unterliegen werden auf dem Baubüro, Kaiserstr. 6, gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Zeichnungen liegen zur Einsicht auf. Die Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift, Donnerstag, den 7. April, vorm. 11 Uhr, ebenfalls abzugeben. Eröffnung der Angebote findet vor etwa erschienenen Unternehmern oder deren Vertreter statt. Zuschlagsfrist 3 Wochen vom Tage der Eröffnung der Angebote ab gerechnet. Gänge oder teilweise Ablehnung der Angebote, sowie Verletzung in Lose, bleibt vorbehalten. W. 433. Die Bauleitung.